



Stellungnahme von Projekt M1llion

Kritik verdient eine Antwort - und manchmal auch Konsequenzen

Das Bündnis für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage im Vogtland hat sich ausführlich und kritisch mit Projekt M1llion auseinandergesetzt.

Wir haben diese Kritik gelesen. Und wir möchten darauf antworten.

Nicht, weil wir jede Einschätzung teilen. Nicht, weil wir uns für jede politische Meinung eines Menschen verantwortlich machen können, der eine unserer Demonstrationen besucht. Und auch nicht, weil wir pauschale politische Zuschreibungen unwidersprochen stehen lassen möchten.

Aber wir erwarten von Politik und Gesellschaft, dass Kritik gehört und ernst genommen wird. Diesen Anspruch müssen wir deshalb auch an uns selbst stellen.

Wo Kritik berechtigt ist, müssen wir besser werden. Wo Vorwürfe aus unserer Sicht nicht zutreffen, müssen wir erklären und widersprechen. Und wo Missverständnisse entstanden sind, müssen wir uns auch fragen, ob unsere eigene Kommunikation dazu beigetragen hat.

Genau das wollen wir tun.

Unser 11-Punkte-Plan muss konkreter werden

Ein Kritikpunkt des Bündnisses betrifft unseren 11-Punkte-Plan. Kritisiert wird, dass politische Forderungen formuliert werden, ohne teilweise ausreichend zu erklären, wie diese konkret umgesetzt werden sollen. Als Beispiele werden die Forderungen nach Neuwahlen und nach einer Neuausrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks genannt.

Unser 11-Punkte-Plan war nie als vollständiges Regierungsprogramm oder fertiger Gesetzesentwurf gedacht.

Aber das allein reicht als Antwort nicht.

Wer Veränderungen fordert, sollte auch erklären können, was er konkret verändern möchte.

Deshalb nehmen wir diesen Kritikpunkt auf.

Unsere Aufgabe muss sein, die einzelnen Forderungen stärker auszuarbeiten: Was genau kritisieren wir? Was wollen wir stattdessen? Welche konkreten Veränderungen stellen wir zur Diskussion? Und welche unterschiedlichen Möglichkeiten gibt es, ein Ziel zu erreichen?

Ein Forderungskatalog darf der Anfang einer politischen Diskussion sein. Er sollte aber nicht ihr Ende sein.

Hier können und wollen wir besser werden.



Auch unsere Abgrenzung muss sichtbar sein

Der schwerwiegendste Vorwurf betrifft Teilnehmer unserer Demonstrationen.

Für die Berliner Veranstaltung nennt das Bündnis unter anderem die Forderung „Remigration jetzt“, bestimmte politische Kleidung und weitere Parolen. Daraus leitet es den Vorwurf ab, die Veranstalter hätten sich nicht ausreichend von extrem rechten Teilnehmern abgegrenzt.

Wir könnten darauf lediglich antworten: Diese Menschen sprechen nicht für Projekt M1llion.

Das stimmt - aber es reicht nicht.

Auf unseren Demonstrationen geben unsere Ordner ihr Bestes, problematische Situationen, Symbole und Äußerungen wahrzunehmen und entsprechend zu reagieren. Bei einer großen Zahl von Teilnehmern ist eine lückenlose Wahrnehmung jedes einzelnen Menschen und jeder Situation jedoch praktisch nicht möglich.

Aber auch das darf keine bequeme Ausrede sein.

Wenn auf einer unserer Veranstaltungen extremistische oder menschenfeindliche Botschaften sichtbar werden und wir sie nicht wahrnehmen oder nicht angemessen darauf reagieren, müssen wir daraus lernen.

Deshalb werden wir unsere eigenen Abläufe überprüfen und verbessern.

Unsere Ordner müssen noch klarer wissen, worauf zu achten ist. Auffälligkeiten müssen schnell an die verantwortlichen Stellen weitergegeben werden können. Und unsere Haltung muss bereits vor einer Veranstaltung so eindeutig kommuniziert werden, dass möglichst kein Zweifel daran besteht, welche Inhalte mit Projekt M1llion nicht vereinbar sind.

Das bedeutet ausdrücklich nicht, dass jeder Mensch auf unseren Demonstrationen dieselbe politische Meinung haben muss. Im Gegenteil.

Aber es gibt einen Unterschied zwischen politischer Meinungsvielfalt und extremistischen oder menschenfeindlichen Positionen.

Diese Grenze müssen wir deutlich machen - und wir müssen sie auf unseren Veranstaltungen im Rahmen unserer tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten auch durchsetzen.

Extremismus kennt für uns keine bevorzugte Richtung

Diese Abgrenzung gilt nicht selektiv.

Projekt M1llion will keine Plattform für extremistische, menschenfeindliche oder gewaltverherrlichende Positionen sein - unabhängig davon, aus welcher politischen Richtung sie kommen.

Gleichzeitig werden wir Menschen nicht allein aufgrund pauschaler politischer Zuordnungen beurteilen.

Entscheidend sind konkrete Aussagen und konkretes Verhalten.

Wer friedlich demonstriert, andere Menschen respektiert und sich innerhalb der demokratischen und gesetzlichen Ordnung bewegt, muss nicht sämtliche politischen Auffassungen der Menschen teilen, die neben ihm stehen.



Parteilpolitische Unabhängigkeit muss erkennbar gelebt werden

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Nähe einzelner Teilnehmer oder Unterstützer zu Parteien und politischen Gruppierungen.

Projekt M1llion versteht sich als parteiunabhängige Bürgerbewegung.

Aber auch hier gilt: Unabhängigkeit muss nicht nur erklärt, sondern erkennbar gelebt werden.

Wir können nicht verhindern, dass Politiker unsere Beiträge teilen. Wir können nicht verhindern, dass Mitglieder oder Wähler unterschiedlicher Parteien unsere Demonstrationen besuchen. Und wir können nicht verhindern, dass politische Akteure versuchen, unsere Veranstaltungen oder Forderungen für ihre eigene Kommunikation zu nutzen.

Was wir beeinflussen können, ist unser eigenes Verhalten.

Projekt M1llion soll nicht zum verlängerten Arm einer Partei werden - egal welcher.

Wenn durch Beiträge, Bilder oder Aussagen der Eindruck entsteht, eine Partei habe Projekt M1llion übernommen oder Projekt M1llion unterstütze diese Partei, müssen wir deutlicher kommunizieren und gegebenenfalls klarstellen.

Nicht jeder Teilnehmer repräsentiert den Veranstalter

Gleichzeitig muss Kritik differenziert bleiben.

Auf einer öffentlichen Demonstration kann ein Veranstalter nicht die vollständige politische Biografie jedes Teilnehmers überprüfen.

Auch andere Organisationen und Gruppierungen können eigene Demonstrationen anmelden. Menschen können sich außerhalb unserer Demonstrationsfläche aufhalten, fotografieren lassen oder politische Botschaften zeigen, auf die wir als Veranstalter keinen unmittelbaren Einfluss haben.

Deshalb muss sauber unterschieden werden:

Was hat Projekt M1llion organisiert? Was hat Projekt M1llion selbst erklärt? Was geschah innerhalb unserer Veranstaltung? Und was haben einzelne Menschen oder andere Veranstalter unabhängig davon getan?

Diese Differenzierung erwarten wir auch von unseren Kritikern.



Persönliche Social-Media-Aktivitäten müssen erklärbar sein

Das Bündnis erhebt außerdem konkrete Vorwürfe gegen Marcel Baldauf und verweist dabei auf dessen persönliche Facebook-Aktivitäten sowie auf geteilte beziehungsweise gelikte Inhalte.

Auch solche Vorwürfe sollten nicht einfach ignoriert werden.

Wer öffentlich Verantwortung für eine Bürgerbewegung übernimmt, muss damit rechnen, dass auch sein öffentliches Auftreten betrachtet und kritisiert wird.

Gleichzeitig sollte aus einem Like, einem geteilten Beitrag oder einem einzelnen Ausschnitt nicht ohne Betrachtung des Zusammenhangs eine vollständige politische Haltung konstruiert werden.

Konkrete Vorwürfe verdienen konkrete Antworten.

Wo persönliche Äußerungen missverständlich waren, sollten sie erklärt werden. Wo Fehler gemacht wurden, sollte man sie benennen können. Und wo aus einzelnen Vorgängen Schlussfolgerungen gezogen werden, die nicht zutreffen, darf ihnen ebenso deutlich widersprochen werden.

Zum CSD und zum Respekt vor jedem Menschen

Das Bündnis verweist auch darauf, dass Vertreter des CSD Vogtland vom Organisationsteam von Projekt M1llion eingeladen wurden, sich an der Demonstration zu beteiligen.

Gerade dieser Punkt sollte nicht dazu dienen, neue Gräben zu schaffen.

Die Würde eines Menschen hängt nicht von seiner Herkunft, seinem Geschlecht, seiner sexuellen Orientierung, seiner Religion oder seiner politischen Auffassung ab.

Wer friedlich und demokratisch für seine Überzeugungen eintritt, verdient denselben grundlegenden Respekt, den wir auch für uns selbst einfordern.



1989 verdient Respekt - keine Vereinnahmung

Besonders emotional ist der Vorwurf, Projekt M1llion beschädige das Erbe der friedlichen Revolution in Plauen.

Das Bündnis verweist dabei auf Menschen aus seinen Reihen, die 1989 selbst an den damaligen Ereignissen beteiligt waren und unsere Bezugnahme darauf als Affront empfinden.

Deren Erfahrungen, Mut und Leistungen verdienen Respekt.

Deshalb sollten auch wir mit historischen Vergleichen sorgfältig umgehen.

Deutschland im Jahr 2026 ist nicht die DDR des Jahres 1989.

Wer beide politischen Systeme gleichsetzt, würde weder der Geschichte noch unserer heutigen Demokratie gerecht.

Aber aus 1989 darf trotzdem eine Erkenntnis mitgenommen werden, die weit über einzelne politische Richtungen hinausgeht:

Menschen dürfen sich friedlich versammeln. Sie dürfen politischen Entscheidungen widersprechen. Sie dürfen Veränderungen verlangen. Und sie dürfen ihre Stimme öffentlich erheben.

Dieses demokratische Recht beanspruchen wir für uns - und selbstverständlich auch für diejenigen, die gegen uns demonstrieren.

Das Erbe der friedlichen Revolution sollte deshalb nicht dazu benutzt werden, heutigen friedlichen politischen Protest grundsätzlich zu delegitimieren. Gleichzeitig sollten auch wir darauf achten, die historischen Leistungen der Menschen von 1989 nicht für heutige politische Forderungen zu vereinnahmen.

Beides gehört für uns zu einem respektvollen Umgang mit Geschichte.



Wir müssen uns weiterentwickeln

Projekt M1llion ist eine junge Bürgerbewegung.

Wo viele Menschen gemeinsam etwas aufbauen, läuft nicht vom ersten Tag an alles perfekt.

Wir werden deshalb nicht behaupten, dass es bei unseren bisherigen Veranstaltungen und unserer Kommunikation nichts zu verbessern gäbe.

Im Gegenteil.

Wenn Ordnerstrukturen verbessert werden müssen, verbessern wir sie. Wenn Forderungen genauer erklärt werden müssen, erklären wir sie. Wenn Missverständnisse durch unsere eigene Kommunikation entstanden sind, müssen wir verständlicher kommunizieren. Wenn einzelne Menschen versuchen, Projekt M1llion für extremistische, menschenfeindliche oder parteipolitische Zwecke zu vereinnahmen, müssen wir unsere Grenzen deutlicher sichtbar machen.

Und wenn nach einer Veranstaltung Dinge kritisiert werden, müssen wir bereit sein, diese anschließend ehrlich auszuwerten.

Selbstkritik ist keine Schwäche. Sie ist Voraussetzung dafür, glaubwürdig Kritik an anderen üben zu können.

Kritik muss aber auch fair bleiben

So wie wir bereit sind, uns selbst zu hinterfragen, erwarten wir Differenzierung auch von unseren Kritikern.

Die Anwesenheit einzelner Personen ist nicht automatisch ein Beleg für die politische Ausrichtung einer gesamten Demonstration.

Das Teilen eines Beitrags durch einen Politiker macht eine Bürgerbewegung nicht automatisch zum Projekt dieser Partei.

Und politische Forderungen werden nicht allein dadurch extremistisch, dass einzelne politische Akteure ähnliche Forderungen vertreten.

Wo konkrete problematische Handlungen stattgefunden haben, können und sollen sie benannt werden.

Pauschale Zuschreibungen ersetzen jedoch keine Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Positionen eines Projekts.



Was wir aus der Kritik konkret mitnehmen

Wir wollen aus dieser Auseinandersetzung deshalb nicht einfach eine Gegendarstellung machen.

Unsere Forderungen müssen konkreter erklärt werden.

Unsere parteipolitische Unabhängigkeit muss noch sichtbarer sein.

Unsere Ordner und Verantwortlichen brauchen klare Regeln für den Umgang mit extremistischen und menschenfeindlichen Inhalten.

Unsere Kommunikations- und Meldewege auf Demonstrationen müssen funktionieren.

Unsere Außendarstellung muss unsere eigenen Grundsätze eindeutig erkennen lassen.

Und wir müssen bereit sein, nach unseren Veranstaltungen selbstkritisch zu überprüfen, was funktioniert hat und was nicht.

Nicht jede Kritik ist automatisch richtig. Aber Kritik grundsätzlich abzulehnen, nur weil sie von Menschen oder Organisationen kommt, die uns politisch widersprechen, wäre ebenso falsch.

Deshalb werden wir nicht schweigen

Wenn Menschen bei unseren Veranstaltungen Dinge sehen oder erleben, die mit unserem eigenen Anspruch nicht vereinbar sind, interessiert uns das.

Dann wollen wir wissen, was passiert ist. Dann prüfen wir es. Und wenn wir feststellen, dass unsere eigenen Strukturen nicht ausreichend funktioniert haben, verändern wir sie.

Denn Glaubwürdigkeit entsteht nicht dadurch, niemals einen Fehler einzuräumen.

Glaubwürdigkeit entsteht auch dadurch, wie man mit Fehlern und berechtigter Kritik umgeht.

Wir wollen eine Bürgerbewegung sein, in der Menschen unterschiedlicher politischer Auffassungen friedlich miteinander für Veränderungen eintreten können.

Ohne Hass. Ohne Extremismus. Ohne parteipolitische Steuerung. Und ohne Menschen auszugrenzen, nur weil sie eine andere Meinung vertreten.

Wir werden deshalb weder schweigen noch mit persönlichen Angriffen reagieren.

Wir werden erklären. Wir werden widersprechen. Wir werden zuhören. Und wo es notwendig ist, werden wir besser.



Unser Gesprächsangebot

Gleichzeitig möchten wir es nicht bei Stellungnahmen übereinander belassen.

Deshalb laden wir das Bündnis für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage im Vogtland ausdrücklich zu einem persönlichen Gespräch ein.

Nicht, um einander von der jeweils eigenen politischen Sichtweise überzeugen zu müssen. Nicht für eine öffentliche Inszenierung. Und nicht mit der Erwartung, anschließend in allen Fragen einer Meinung zu sein.

Sondern um konkrete Kritikpunkte miteinander zu besprechen, unterschiedliche Sichtweisen auszutauschen, mögliche Missverständnisse auszuräumen und dort nach Verbesserungen zu suchen, wo Verbesserungen möglich sind.

Wenn wir alle für uns in Anspruch nehmen, Demokratie, respektvollen Austausch und gesellschaftlichen Dialog zu wollen, dann sollte genau dieser Dialog auch zwischen Menschen und Organisationen möglich sein, die in wesentlichen Fragen nicht übereinstimmen.

Unser Angebot steht. Wir sind bereit, miteinander zu reden.

Denn Demokratie zeigt sich nicht darin, dass alle dasselbe denken.

Sie zeigt sich auch darin, wie wir miteinander umgehen, wenn wir es nicht tun.

Projekt M1llion